

Der Sonntag Reminiscere mahnt zum unermüdlichen Einsatz für Religionsfreiheit

Anlässlich des Tages der bedrängten und verfolgten Christen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sonntag „Reminiscere“ erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel MdB:

„Auch in diesem Jahr ruft uns der zweite Sonntag in der Passionszeit wieder eindringlich dazu auf, unserer bedrängten und verfolgten Geschwister überall auf der Welt fürbittend zu gedenken. Es ist ein zum Himmel schreiendes Unrecht, dass zu Beginn des dritten Jahrtausends immer noch Menschen überall auf der Welt aufgrund ihres bloßen Glaubens unter Hass, Verunglimpfung, Entrechtung oder Angst um Leib und Leben leiden müssen. Diese bittere Erkenntnis mahnt uns insbesondere als Christen, uns in der Politik auch weiterhin intensiv für das universale Menschenrecht der Religionsfreiheit einzusetzen. Fehlt es nämlich an wirklicher Religionsfreiheit, werden stets auch alle anderen Menschenrechte früher oder später mit Füßen getreten.“

Es ist das Verdienst unserer unionsgeführten Bundesregierung, die Aufnahme dieses besonderen Einsatzes für die Religionsfreiheit ausdrücklich als Ziel der deutschen Außenpolitik verankert zu haben. Und es ist nicht zuletzt auch dem unbeirrbaren Engagement vieler Politiker von CDU und CSU in den letzten Jahren zu verdanken, dass das Thema der religiösen Diskriminierung und Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten heute überhaupt in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit getreten ist.

Dies alles kann uns als Evangelischer Arbeitskreis jedoch weder trösten noch beruhigen: Blicken wir weltweit auf das Ausmaß religiöser Unfreiheit, spüren wir schmerzvoll, dass wir hier noch ganz am Anfang stehen. Möge uns der gekreuzigte Gott immer wieder die Kraft und Zuversicht schenken, an dieser Aufgabe und Verantwortung nicht zu verzagen, sondern uns getrost und beharrlich für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte zu engagieren.“